



Pressemitteilung

Treffen mit Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt

Berlin, 30.04.2014

Bezug:

Anlagen:

Kordula Kovac, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 4.560

Telefon: +49 30 227-73 836

Fax: +49 30 227-76 836

kordula.kovac@bundestag.de

Büro Wolfach:

Schloßstraße 24 (Eingang über Kirch-
straße)

77709 Wolfach

Telefon: +49 7834-86 88 666

Fax: +49 7834-86 88 664

kordula.kovac@bundestag.de

1 **Treffen mit Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt**

2

3 Als Mitglied im Landesfachausschuss (LFA) „Ländlicher Raum“
4 der CDU Baden-Württemberg traf Kordula Kovac MdB zusammen
5 mit dem Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft
6 der CSU im Landkreis Schwäbisch Hall zu einem Gedankenaus-
7 tausch zusammen. Als besonderen Gast konnte Bundeslandwirt-
8 schaftsminister Christian Schmidt (CSU) begrüßt werden, für den
9 es sein Antrittsbesuch bei den Agrariern der Union war.

10

11 Nach der Begrüßung durch den LFA-Vorsitzenden Alois Gerig
12 (CDU) konnte die Gruppe bei einer Betriebsführung auf einem
13 Hof in Kleinallmerspann einen Einblick in die Landwirtschaft
14 des Hohenloher Landes gewinnen. Anschließend diskutierten die
15 beiden Gremien mit dem Bundeslandwirtschaftsminister die
16 Weiterentwicklung wichtiger agrarpolitischer Themen, wie die
17 gemeinsame Agrarpolitik, den Bundesagrarhaushalt, die EEG-No-
18 velle und die Düngeverordnung. Der Minister betonte mit Blick
19 auf die Umschichtung von Geldern aus der ersten in die zweite
20 Säule, dass er darauf achten werde, dass davon auch die Land-
21 wirtschaft profitiere.

22

23 „Wir müssen eine wirtschaftlich darstellbare Nutzung unter den
24 Aspekten der guten fachlichen Praxis im Auge behalten; Zwangs-
25 stilllegungen sind nicht hinnehmbar“, so Bundesminister
26 Schmidt. Auch hinsichtlich der umweltpolitischen Zielsetzun-
27 gen könne es nicht das Bestreben sein, durch vermehrte Extensi-
28 vierung und Flächenverknappung die übrigen Felder immer in-
29 tensiver zu bewirtschaften.

30



31 **Hofabgabeklausel ist Generationenfrage**

32 Der größte Anteil des Bundesagrarhaushaltes fließe in die land-
33 wirtschaftliche Sozialversicherung. An die Substanz der land-
34 wirtschaftlichen Altersvorsorge gehe die Hofabgabeklausel: „Die
35 SPD hat hier etwas falsch verstanden, es gibt Bedarf, einige Ent-
36 wicklungen nachzujustieren, von einer grundsätzlichen Abschaf-
37 fung war aber nie die Rede. Ich werde ein Gespräch mit der
38 Landjugend zu diesem Thema führen. Denn wer für Nachhaltig-
39 keit ist, muss wissen, dass es eine Generationenfrage ist“, erläu-
40 terte Schmidt.

41

42 **Chancen für den Ländlichen Raum**

43 Einigkeit gab es zwischen Politikern und Praktikern bei den Her-
44 ausforderungen zur Bewältigung des demografischen Wandels im
45 Ländlichen Raum. Mit Sorge betrachteten die Teilnehmer die
46 ärztliche Versorgung und die Hebammenthematik sowie das
47 Thema Dorferneuerung in Zusammenhang mit der Gemein-
48 schaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küsten-
49 schutzes" (GAK).

50

51 Die AGL-Landesvorsitzende Marlene Mortler führte an: "Die Tat-
52 sache, dass wir heute nicht nur über Landwirtschaft alleine, son-
53 dern Ländliche Räume im Gesamtkontext gesprochen haben, be-
54 tont die Chancen und das Potenzial einmal mehr. Die Landwirt-
55 schaft ist eine tragende Säule der Wirtschaftskraft, der regionalen
56 Wertschöpfung und der Zukunftsfähigkeit der Regionen außer-
57 halb der Ballungsräume."

58

59 **Ausnahmeregelung für Saisonarbeiter**

60 Ebenfalls Thema waren der Mindestlohn und die Auswirkungen
61 auf die Landwirtschaft. Aus den Reihen der Praktiker gab es
62 scharfe Kritik für die Einführung des Mindestlohns auch bei Sai-
63 sonarbeitern. Bisher waren beide Gewinner: Der Arbeitgeber und
64 der Arbeitnehmer. Wenn es hier keine Möglichkeit zur Erhaltung
65 der regionalen Tarife gebe, würde man das Höfesterben beför-
66 dern.

67

68 Schmidt wolle für eine Ausnahmeregelung in der Gastronomie,
69 bei der Erzeugung von Lebensmitteln und bei Zeitungszustellern
70 werben. Gleichzeitig betonte er: "Wenn es stimmt, was man über
71 manche Arbeitsbedingungen in der Schlachtbranche hört, sage



72 ich als christlicher Politiker: Das ist Ausbeutung. Die Tarifeini-
73 gung in der Schlacht- und Fleischindustrie begrüße ich deshalb
74 ausdrücklich, die Harmonisierung von Stück- und Leistungslohn
75 ist ein Stück weit notwendig." (Text: CDU BW)

76

77

78 Foto 1:

79 Amtsantrittsbesuch von Bundesminister Christian Schmidt bei den Agrariern
80 von CSU und CDU in Kirchberg/Jagst (Bild: CDU-BW)

81

82

83 Foto 2:

84 Gedankenaustausch mit dem Bundesminister im Hohenloher Land. (Bild: CDU-
85 BW)

86